

Der Pfälzerpalast verschwunden.

Die sogenannte autonome Regierung der Pfalz hat sich aufgelöst. Im Regierungsgebäude zu Speyer befinden sich noch etwa 50 mit Aufbaumaterialien beschäftigte Separatisten. Von den Separatistenmannschaften wurden die Verheirateten mit 275 Franken, die Unverheirateten mit 200 Franken abgefunden.

Die Höhe der Abfindung, welche die Separatisten von ihren Auftraggebern erhalten haben, stehtiffermäßig noch nicht fest. Immerhin wird bekannt, daß sie bedeutende Summen erhielten, welche ihnen die Reise ins Ausland ermöglichen sollen. Sie bleiben jedoch zunächst noch in der Pfalz, um die weitere Entwicklung abzuwarten. Alle Separatisten sind im Besitz von Auslandspapieren. Von den Mannschaften sind die Verheirateten mit 275 Franken, die Unverheirateten mit 200 Franken abgefunden worden. Darüber herrscht große Unzufriedenheit, weil ihnen 500 Franken verschrieben worden waren. Sehr bezeichnend für die Laune, aus der diese Abfindungsummen wohl fließen, ist die Tatsache, daß die Abfindungsliste der französischen Provinzkommission von den Separatisten zur Prüfung vorgelegt werden mußte. Daß die Separatisten ihre Rolle noch nicht für ausgefüllt halten, beweist die Gründung der rheinischen Arbeiterpartei für den Bezirk Pfalz und Rheinbesen durch den Separatistenführer Kunz in Sudbivigshausen.

Die Vorfälle in Birmasens.

Der „Matin“ meldet aus Saver: Wegen der unruhigen Ausschreitungen in Birmasens hat das Kriegsgericht das Hauptverfahren gegen 48 Beschuldigte eröffnet. 18 der Angeklagten befinden sich in Haft. Die Ausschreitungen in Birmasens erscheinen weit schwerer als jene in Düsseldorf, die ihre Sühne vor dem Düsseldorf-Kriegsgericht gefunden haben.

Ein neuer unfreundlicher Akt der Saarregierung.

Die französische Regierungskommission hat beschlossen zu unbefristeten Belegordneten ihrer Gemeinde gewählten Stadtverordneten die Bestätigung für diese Ämter verweigert. In der Stadt Saarbrücken handelt es sich um vier Stadtverordnete, deren Bestätigung verweigert worden ist, angeht die Haltung, die sie sowohl gegenüber der Reiterungskommission als auch den gegenüber den durch den Friedensvertrag geschaffenen Verhältnissen an den Tag gelegt haben. Von den Stadtverordneten wurde einstimmig gegen dieses Vorgehen der Regierungskommission protestiert. Von allen Seiten wurde gefordert, daß die Bestätigung nur deshalb verweigert worden sei, weil die Betroffenen sich gegen die von der Regierungskommission getriebene französische Politik gewandt hätten. Es wurde beschloffen, sich beschwerdeführend an den Völkerbund zu wenden.

Kleine politische Meldungen.

Die Finanzlage des Reiches. Auch die zweite Februarbedate schließt, wie der Rundweis des Reichsfinanzministeriums über die Geldbewegung bei der Reichshauptkasse vom 11. bis 20. Februar zeigt, mit einem Defizit ab, und zwar von 57 Goldmillionen gegen 33,9 Millionen in der Vorbedate. Die Einnahmen des Reiches sind zwar von 79,5 Goldmillionen in der ersten auf 120 Goldmillionen in der zweiten Bedate gestiegen, die Ausgaben erhöhten sich aber in höherem Maße, und zwar von 118,4 auf 177. Diese starke Steigerung ist, wie das Reichsfinanzministerium mitteilt, darauf zurückzuführen, daß in der zweiten Februarbedate die Befolgungszahlungen für die zweite Hälfte des Monats Februar fällig wurden und Goldanleihe zurückgekauft worden ist.

Die Rechtskräftigkeit der Notverordnung. Wie wir hören, ist die viel umstrittene Notverordnung vom 24. Oktober 1923, betreffend Seitenmachung von Ansprüchen aus dem Krieg und der Nachkriegszeit gegen das Reich, soeben vom Plenum des Reichsgerichts in vollem Umfange für gültig erklärt worden. Auf Grund dieser Verordnung ist die Seitenmachung von Rechtsansprüchen, die zu zahlreichen Prozessen geführt hat, den ordentlichen Gerichten entzogen und lediglich dem Reichsfinanzminister bzw. einer von diesem bestellten Kommission übertragen worden.

Der Reichspräsident zum Tode Roesskes. Der Reichspräsident hat an den Vorstand des Reichs-Landbundes ein Schreiben des Todes des Abgeordneten Dr. Roesske folgendes Schreiben gerichtet: Dem Reichs-Landbund beehre ich mich, an dem schweren Verluste, den er durch das unerwartete Ableben seines Vorsitzenden, des Herrn Dr. Roesske erlitten hat, meine aufrichtige Teilnahme auszusprechen. Der Landbund verliert in dem Verstorbenen einen bedeutenden Führer, der seine praktische Erfahrung, sein großes Wissen und Können und seine unermüdbare Arbeitstätigkeit über ein Menschenalter hindurch in seinem Dienste gestellt hat. Der Deutsche Reichstag einen pflichttreuen und erfahrenen Abgeordneten, dem auch seine politischen Gegner die Achtung nicht verweigern. Auch ich werde dem Verstorbenen ein ehrendes Gedächtnis bewahren. Auch der Reichskanzler Marx hat dem Landbund ein Beileidstelegramm geschickt.

Herr Otto v. Bismarck Reichstagskandidat. Die Vorstände der Deutschen nationalen Landesverbände in Bremen, Oldenburg, Ostpreußen und Ostpreußen haben in einer Besprechung mit dem Führer Otto v. Bismarck in Friedland, dem Entschluß der deutschen Staatsmannes, diesem die Reichstagskandidatur für die Deutschnationale Volkspartei im Wahlkreis Bielefeld-Emm untertragen. Herr v. Bismarck hat diesen Antrag angenommen.

Mussolini will die Flotte ausbauen. Gegenüber einer Kommission von Admiralen erklärte Mussolini, daß angesichts der Weltlage die Marine im Vordergrund stehe. In der Flotte sei Italien gesichert. Für die italienische Flotte bestehe keine Sicherheit. Es sei daher seine Absicht, die Flotte zu vergrößern und so auszubauen, daß sie für jeden Fall gewappnet sei.

Die Reichstagsfraktion desentrums beschloß sich gestern mit der Frage der Durchführung der Reichstagswahlen im besetzten Gebiet.

Von Stadt und Land.

Nr. 28. Februar.

Die Beamtenpolitik des Kultusministers Fleißner vor dem Untersuchungsausschuß.

Der vom Landtag eingesetzte Untersuchungsausschuß für die Beamtenpolitik verhandelte am Dienstag u. a. über die Beschwerde des Ministerialdirektors im Kultusministerium Geherrn Dr. Böhm. In seiner Bernehmung vor dem Untersuchungsausschuß sagte Ministerialdirektor Dr. Böhm aus, daß er — nach 34-jähriger Staatsdienstzeit — ohne Angabe von Gründen in der rücksichtslosen Weise innerhalb einer Stunde auf die Straße gesetzt worden sei, und daß er auf seine im September vorigen Jahres dagegen eingereichte Beschwerdechrift bis heute ohne jede Antwort geblieben sei. Er sei gespannt, ob er nun wenigstens vor dem Untersuchungsausschuß die Gründe für das Vorgehen gegen ihn erfahren werde. Der Ausschuhvorsitzende, Abgeordneter Dr. Seyfert, gab darauf aus einem bei den Akten befindlichen Schriftstück, das keine Untersuchungstrug, einige Sätze bekannt. In diesem wurde gesagt, daß die Hochschulen sich der geistigen Revolution gegenüber vollkommen verschlossen hätten, und daß Ministerialdirektor Dr. Böhm den Bestrebungen des Kultusministers auf Berufung moderner Gelehrter dauernd entgegengekömmt habe. Ministerialdirektor Dr. Böhm bezeichnete dies als unklar. Er habe mit dem Minister bei vielen Berufungen zusammen gearbeitet, nur in vier Fällen habe er das nicht tun können, wo der Minister unter Nichtachtung der Vorschläge der Fakultäten Berufungen vorgenommen hatte, die er — der Ministerialdirektor — nach reiflicher sachlicher Prüfung nicht befehlen konnte. Als Beispiele führte Ministerialdirektor Dr. Böhm an die Berufung des Professors Dember zum Nachfolger des Direktors an der Dresdner Technischen Hochschule, Professor Dallwachs, dann die Berufung des Professors Schneider in Leipzig auf den Lehrstuhl für pädagogische Philosophie, die Berufung des Wiener Rechtsanwaltes Dr. Adler auf einen Lehrstuhl für Soziologie und die Berufung des Geschichtsprofessors Hellmann. Aus den Angaben des Ministerialdirektors Dr. Böhm über die Vorgänge bei der Wahl des Nachfolgers des Mediziner-Professors Bartmann man ersehen, daß die von der medizinischen Fakultät vorgeschlagene Spezialistische Autorität ersten Ranges deshalb nicht berufen worden war, weil der Vater und der Bruder als Deutschnationale bekannt waren. (1) Nach der Bernehmung Dr. Böhmes, die öffentlich erfolgte, verhandelte der Ausschuh in nichtöffentlicher Sitzung weiter.

Einigungsversuche innerhalb der sächsischen Sozialdemokratie.

Neuerdings stattgefundenen Einigungsversuche zwischen den beiden Lagern in der Sozialdemokratischen Partei und Landtagsfraktion wird folgender parteiamtlicher Bericht herausgegeben:

Am Dienstag, den 26. Februar, tagten die Landesinstanzen zusammen mit der Landtagsfraktion, um zu prüfen, welche Möglichkeiten einer Verständigung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Sachsens und der Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion gegeben seien. Die Fraktionsmehrheit erklärte, daß für sie eine Landtagsauflösung nicht in Frage käme. Die Landesinstanzen und die Fraktionsminderheit hielten eine Lösung des Konflikts ohne Auflösung nicht für möglich. Die Fraktionsmehrheit erklärte, daß alle etwa zu fassenden Beschlüsse, die der Entscheidung des Reichsparteitages vorgehen, für sie nicht bindend seien. Die Vertreter der Landesinstanzen stellten sich demgegenüber auf den Standpunkt, daß auch der Reichsparteitag den sächsischen Parteikonflikt nicht endgültig beseitigen könne, und daß angesichts der bevorstehenden schweren Kämpfe dringend erforderlich sei eine Verständigungsbase zu finden. Abinski, Leipzig hob hervor, daß trotz der ablehnenden Haltung der Fraktionsmehrheit die Landesinstanzen von sich aus den Versuch zu unternehmen hätten, Nichtstun zu einer Beilegung des Konflikts zu schaffen, denen sich dann auch die Fraktionsmehrheit zu unterwerfen hätte und an denen der Reichsparteitag nicht vorübergehen werde. Ein Vorschlag von Seydewitz-Weiskau, zu diesem Zwecke eine Kommission von neun Vertretern zu wählen (fünf Mitglieder der Mehrheit, je zwei der Fraktionsmehrheit und Minderheit) wurde einstimmig angenommen.

In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß auf dem Wege über den Antrag Abinski wieder die volle Einigung erzielt werden wird.

Vollstbegehren auf Landtagsauflösung? Wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ erfahren, werden die Deutschen in den nächsten Tagen den Antrag auf Auflösung eines Volksbegehrens zur Landtagsauflösung an der zuständigen Stelle einreichen. Die erforderliche Zahl von Stimmern ist bereits beisammen. Diese unterliegen gemäß der behördlichen Vorgangsbearbeitung. Auch der linke Flügel der Sozialdemokraten ist eifrig an der Arbeit, um mit dem dritten Versuch die Bestimmungen des Gesetzes über Volksbegehren und Volksentscheid zu erfüllen. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß dieses Mal das Volksbegehren zustande kommt, ebenso erscheint es so als sicher, daß die Mehrzahl der Parteien sich mit dem Volksbegehren einverstanden erklärt, so daß mit einer Auflösung des Landtages und wahrscheinlich mit Landtagsneuwahlen gleichzeitig mit den Reichstagswahlen zu rechnen ist.

Reichs- und Großhandelsbezug. Die Reichsstatistik für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Bekleidung, Beleuchtung und Bekleidung) bezieht sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für Montag, den 26. Februar, auf das 1,00 Billionenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vorwoche (1,04 Billionen) ist demnach eine Steigerung von 1 Prozent zu verzeichnen. — Die auf den 28. Februar 1924, 11 Uhr 30 Minuten (Mittwoch) festgesetzte

Reichsstatistik ist gegenüber dem Stande vom 19. Februar (1,17,5) mit 118,0 nahezu unverändert. Die Hauptgruppen lauten: Lebensmittel (109,7) 108,5, davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln (81,9) 82,8, Industriestoffe (145,1) 145,2, die Gruppe Kohle und Eisen (178,8) unverändert, Inlandwaren (105,8) 106,1, Einfuhrwaren (175,8) 177,7.

Arbeitsmarktbericht für die Zeit vom 17. bis 28. Februar 1924. Die Befragung auf dem sächsischen Arbeitsmarkt hält an. Die Zahl der Erwerbslosen hat seit dem 1. Februar eine weitere Abnahme von 27 889 und die der Kurzarbeiter eine solche von 25 258 Personen erfahren, woran außer dem Bergbau, welcher eine geringe Zunahme der Arbeitsuchenden zu verzeichnen hat, sämtliche Berufsgruppen beteiligt sind. Trotzdem waren aber zu Beginn der Berichtswache noch immer 205 889 Vollerwerbslose und 87 489 Kurzarbeiter in Sachsen vorhanden. Die rasche Vermittlungstätigkeit der öffentlichen Arbeitsnachweise läßt jedoch ein weiteres Sinken der Zahlen in den nächsten Wochen erhoffen.

Die Monatskarten etc. unterliegen. Ermäßigung der Gütertarife. Amtlich wird mitgeteilt: Um den Bedürfnissen der Reichsbahn nach Steigerung ihres Umsatzes und zugleich dem Bedürfnis der deutschen Volkswirtschaft Rechnung zu tragen, werden mit Zustimmung der Reichsregierung die Gütertarife, einschließlich des Tiertarifs und des Kohlenabnahmestarfs am 1. März um weitere 10 Prozent ermäßigt. Bestimmte Ausnahmetarife bleiben von der Ermäßigung ausgeschlossen.

Um den Bedürfnissen des Berufs- und Siedlungsbedarf nachzukommen, werden die Preise der Monatskarten, der Kurzarbeiterwochenkarten und der Arbeiterkassenarten, der Schülermonatskarten, der Arbeiterarten und der Arbeiterführerarten von der Ermäßigung ausgenommen.

Heimatdienst-Geldlotterie. Dieziehung der 4. Heimatdienst-Geldlotterie, die ursprünglich am 27. und 28. März stattfinden sollte, ist auf den 20. und 21. März verschoben worden. Geldlose sind noch durch den Heimatdienst, Dresden, W., Schlegelstraße 24 und durch seine Mitglieder erhältlich.

Eiserne Kreuze. Das Reichswehrministerium gibt hinsichtlich der Verleihungen der Eisernen Kreuze bekannt, daß nur noch Gesuche von Frontsoldaten behandelt werden, die vor dem 1. Dezember 1918 zum Eisernen Kreuz vorgeschlagen waren. Neue Gesuche, auch wenn ihnen Vorkriegsleistungen der Feldvorgesetzten über einen bereits im Feld erfolgten Vorschlag beiliegen, werden von den Militärstellen und von dem Reichswehrministerium nicht mehr angenommen und den Gesuchstellern zurückgegeben. Verleihungen für Heimatdienst erfolgen in keinem Falle mehr; sie sind längst abgeschlossen. Verleihungen gegen die Entscheidung der Militärbefehlshaber oder des Reichswehrministeriums sind nicht zulässig und werden nicht bearbeitet.

Der Revolver auf Reiners Platz. Der unabhängige Reichstagsabgeordnete Lebedow behauptet in einem Artikel, überschrieben „Der Fall Reiner“, dem ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Reiner sei in der sozialdemokratischen Landtagsfraktion bei Bekanntwerden der gegen ihn erhobenen Verdächtigungen ein Revolver auf seinen Platz gelegt worden. Demgegenüber wird vom Dresdner Sozialistenausschuß festgestellt, daß an dieser Behauptung kein Wort wahr sei.

Sonnenaufgang am 29. Februar 6.49, Sonnenuntergang 6.37, Wondaufgang 8.09 nachts, Wonduntergang 12.04 mitt.

Tanz-Abend Käthe Heydenreich.

1. Das Neuhäuser.

(Es lese sich hierüber manches sagen. Es ist hierüber schon manches mit der nötigen Vorsicht gesagt worden. Aber wir wollen das in frommer, hoffender Erwartung einer besseren Zukunft überlassen.)

2. Die Musik.

Im „Tanz zu Wang“ einwandfrei. Im Uebrigen siehe oben (Es lese sich...). Herrn Walter Große bin ich damit nicht im geringsten zu nahe getreten.

3. Käthe Heydenreich.

Wenn „jemand Neues“ auftritt, ist man zunächst skeptisch oder doch vorsichtig. Man sieht sich fremd. Unwählich erst beginnt (im günstigen Falle) ein Studium hin- und her- aufzählen, vom Künstler ausgehend auf Publikum und vom Publikum zurückkehrend auf den Künstler, unsichtbar, nicht darauf angewiesen, durch Verkaufstaktiken konstatiert zu werden. Das Publikum beginnt zu verstehen — der Künstler steigert seine Leistung. Es kommt zu einer Liebeserkenntnis, wie sie gestern höchstens im zweiten Teile der Tangfolge Käthe Heydenreich auch bestmöglich gelang ist.

Wie konnte das auch anders sein bei diesem runden Fluß der Bewegung, bei dieser Elastizität im Sprung, bei all diesem lebensvollen Drang im Ausdruck, der doch immer beherrschbar bleibt und das Maß nicht überschreitet, immer mit gleichem Gefühl begriffen.

Ich weiß nicht, ob ihr Talent für das Weiter-Gewagte oder für das Ernst-Getragene größer ist. Aber ich glaube, ihrer seelischen Jugendlichkeit eignet besser das Weiter-Gewagte — bei aller Hochachtung für ihre Ausdrucksfähigkeit bei der Darstellung des Ernst-Getragenen. Wenn ich überhaupt eine so herbe Einstellung vornehmen darf: die aber schließlich doch durch das trennende Wort „Waise“ wackeln Punkt und O der Tangfolge gegeben ist.

Hoffentlich hat Käthe Heydenreich nicht das letzte Wort bei uns gesagt!

Edel

Annaberg. Zur Verpackung des Nischelberg-Unterkunsthäuses. In der letzten Woche, nach Abschluß des Besuchs Annaberg wurde die Frage der Neupackung des Nischelberg-Unterkunsthäuses durch den Ortsbürgerverein besprochen. Es wurde folgende Entschlußfassung angenommen: Der Bezirksausschuß wendet sich gegen die Bestrebungen gewisser Kreise des Ortsbürgervereines, das Unterkunsthäuser auf dem Nischelberg zur Erlangung eines außerordentlichen Gewinnes um einen sehr hohen Nachschlag zu verpacken, der die auf dem Nischelberg nachstehende Pachtsumme um das Vielfache übersteigt. Unter diesen Umständen würde der Pächter gezwungen sein, die Preise wesentlich in die Höhe zu schreiben. Dadurch würde aber der Charakter des Nischelberghauses als Unterkunsthäuser für Wanderer gänzlich verändert. Eine Erhöhung für Touristen und Schulen wäre dann nicht mehr möglich. Es wird außerordentlich bedauert, daß der Ortsbürgerverein entgegen seiner Tradition und seinen Aufgaben eine derartige Verpackung beabsichtigt. Der Bezirksausschuß beantragt die Unt-